



Erdogan zeigt, wo Höcke recht hat



„Es muss das Ziel unseres Kampfes bleiben, ein einheitliches Europa zu schaffen. Europa kann aber eine klare Organisation nur durch die Deutschen erfahren.“ Wer, liebe Leser meiner folgenden Überlegungen, hat das wohl gesagt? Martin Schulz, der EU-Profiteur? Konrad Adenauer? Kaiser Wilhelm II. im 1. Weltkrieg? Oder vielleicht doch Helmut Kohl, der für den Euro die Deutsche Mark opferte? Nein, es war keiner dieser genannten Personen; es war auch kein anderer überzeugter deutscher „Europäer“ der Gegenwart. Vielmehr war es, im Jahr 1943, der „absolut Böse“, also Adolf Hitler. Genau einen Tag nach den [Nazi-Vorwürfen Erdogans](#) und gleichzeitigen Berichten über eine [angebliche Verharmlosung Hitlers](#) durch den AfD-Politiker Björn Höcke fand ich dieses bemerkenswerte Zitat in dem lesenswerten Buch „Kampf um Vorherrschaft – eine deutsche Geschichte Europas 1453 bis heute“ des britischen Historikers

Brendan Simms.

(Von Wolfgang Hübner)

Nun geben sich wegen der Erdogan-Äußerungen bekanntlich Politik, Medien und auch „Volkes Stimme“ in Deutschland hochempört darüber, dass der Mächtigen-Sultan vom Bosphorus die Nazikeule geschwungen hat. Allerdings sind die Empörten, zumindest in Politik und Medien, dieselben, die auch 72 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur bei jeder sich bietenden Gelegenheit diesen dunkelsten Abschnitt der deutschen Nationalgeschichte für ihre politischen oder volkserzieherischen Zwecke zu instrumentalisieren und zu nutzen verstehen.

Ob man das als „Schuldkult“ oder als „Nazineurose“ oder wie auch immer bezeichnet, ist ziemlich unerheblich. Wesentlich ist, dass dieser mit grauenhaften Folgen und Ausgang verbundene geschichtliche Einschnitt zunehmend dämonisiert wird. Mit Dämonisierung kann aber nichts erklärt, nichts begriffen und auch nichts historisch eingeordnet werden.

Ich habe den Hitler-Ausspruch am Anfang zitiert, weil wegen der mystifizierenden Dämonisierung des verhinderten Kunstmalers aus Braunau gewiss die wenigsten der heute lebenden Deutschen vermuten würden, wer sich so kämpferisch „europäisch“ bekannt hat. Selbstverständlich schwebte Hitler ein ganz anderes geeintes Europa vor als Adenauer, Kohl, Schulz oder Schäuble. Aber auch die letztgenannten deutschen Politiker wussten bzw. wissen genau: Ohne die Dominanz des ökonomisch weitaus potentesten und mächtigsten, dazu bevölkerungsstärksten Herzlandes des Kontinents ist ein – wie auch immer – „geeintes“ Europa weder denkbar noch real möglich. Allerdings werden die deutschen „Eliten“ sich eher die Zunge abbeißen, als diese Erkenntnis in der notwendigen Klarheit öffentlich zu formulieren.

Außerhalb der deutschen Grenzen, also auch außerhalb der in

Deutschland zu befolgenden Sprachregelungen, ist man sich der ebenso schicksalhaften wie problematischen Rolle Deutschlands in Geschichte und Gegenwart Europas hingegen sehr bewusst. Und man weiß dort genau, wo die Schwachstellen des faktischen EU-Dominators Deutschland liegen – nämlich nicht zuletzt in zwei verlorenen Weltkriegen mit zwei gescheiterten Versuchen, eine europäische Einigung unter deutscher Vorherrschaft zu erzwingen. Doch seriöse ausländische Politiker und Mächte nehmen in aller Regel nicht (mehr) die Nazikeule in die Hand, zumal Deutschland militärisch nur ein Zwerg und Vasall der amerikanischen Supermacht ist. Ein Erdogan nimmt in seiner Hybris oder Not allerdings solche Rücksichten nicht.

Bei aller Empörung über den Türken wirkt die öffentliche deutsche Reaktion spürbar lahm und unsicher. Kanzlerin Merkel, zudem gefesselt von dem schändlichen Flüchtlingsgeschäft mit Erdogan, nennt den Nazivorwurf „[absurd und deplatziert](#)“. Aber die gerade in Deutschland selbst so untote Nazivergangenheit ist keineswegs eine Absurdität, sondern weiterhin ein sehr reales Politikum. Und was meint Merkel mit „deplatziert“? Gibt es folglich nur bessere Gelegenheiten, Nazivorwürfe gegen das heutige Deutschland zu platzieren?

Allen anderslautenden Beteuerungen und Beschwörungen zum Trotz, ungeachtet wahrer Papierberge von Studien und Literatur, unbesehen der Flut von Filmen und TV-Dokumentationen – mit der Nazi-Vergangenheit ist in Deutschland weder rational noch emotional in vernünftiger, verantwortbarer Weise abgeschlossen worden. Dieser zwölfjährige Teil einer vielhundertjährigen deutschen Geschichte wird vielmehr dämonisiert als das „absolut Böse“, als „Zivilisationsbruch“ usw. Damit aber wird dieses historische Erbe zu einer Hypothek, mit der sich die Herausforderungen der Zukunft, an Zahl und Schwere wahrlich nicht gering, nicht bewältigen lassen. Die Wut auf Erdogan ist nicht zuletzt deshalb so groß, weil er das mal wieder in Erinnerung gebracht hat. Dass seine Motive überaus schäbig

sind, ändert an dieser Tatsache nichts.

Es ist deshalb weder überflüssig noch unzeitgemäß, wenn Politiker einer neuen Partei, wie zum Beispiel Björn Höcke von der AfD, sich von dieser lähmenden, erschreckend irrationalen, doch fest etablierten, weil herrschaftsverteidigenden Geschichtspolitik in Deutschland zu befreien versuchen. Über Wortwahl und Zeitpunkte dieser Befreiungsübungen lässt sich zweifellos trefflich streiten. Doch deren Notwendigkeit beweist derzeit die Erdogan-Affäre. Wer will schon die Hand dafür ins Feuer legen, dass nicht demnächst auch ein italienischer, polnischer oder ein anderer Ministerpräsident bei einem ernsthaften Konflikt mit dem deutschen Außenhandelsprofiteur solche Töne anschlägt? Und kann geleugnet werden, dass die etablierte deutsche Politik parteiübergreifend eine Gewaltgruppe wie die sogenannte „Antifa“ toleriert oder sogar fördert, die Menschen willkürlich als „Nazis“ denunziert und terrorisiert, die lediglich von ihren demokratischen Grundrechten Gebrauch machen?

Das Argument in vielen kritischen Stellungnahmen zu Reden und Interviews des AfD-Politikers Höcke, vor der Bundestagswahl im kommenden Herbst solle er doch besser und um Himmelswillen Themen der Geschichtspolitik nicht behandeln, ja noch nicht einmal berühren, mag durchaus ehrlicher, ehrenwerter Sorge entstammen. Doch gehört es nicht nur zu den Möglichkeiten, sondern sogar zu den Pflichten einer Partei, die sich „Alternative für Deutschland“ nennt und das auch sein will, gerade in der Geschichtspolitik andere Wege zu gehen. Im konkreten Fall bedeutet das, die Dämonisierung des Nationalsozialismus und Hitlers zu beenden.

Das macht keineswegs die ungeheuerlichen Verbrechen der Nazis und ihres „Führers“ kleiner oder relativiert diese. Denn diese Verbrechen werden nicht vergessen und vergeben werden, so lange Geschichte geschrieben, gelehrt und beachtet wird. Doch drei, bald vier Generationen nach 1945 müssen Politik, Medien

und Gesellschaft in einem Deutschland mit Millionen eingewanderten Menschen jeglichem dämonisierenden Schuld kult, jegliche nicht enden wollende Implementierung und Instrumentalisierung von nationalen Komplexen eine ebenso klare wie glaubwürdige Absage erteilen.

Dazu ist die entsprechende Grundsatzrede eines künftigen Bundespräsidenten notwendig, der allerdings nur vom Volk gewählt sein kann. Erst dann wird es möglich sein, dass – um ein noch aktuelles Beispiel zu nennen – [deutsche Tennisspielerinnen](#) keine hysterischen Weinkrämpfe bekommen, wenn mal im Ausland versehentlich der Text der ersten Strophe unserer Hymne statt der politisch erlaubten dritten Strophe vorgesungen wird. Erst dann wird auch ein Erdogan völlig ins Leere, ins politische Abseits laufen mit Nazivorwürfen. Wenn ganz Deutschland mit Lachen und Verachtung auf solche Vorwürfe reagiert – erst dann sind wir endlich ein ziemlich normales, wahrscheinlich auch besser gelauntes Land und Volk mitten in Europa.



Maghrebstaaten keine sicheren Herkunftsländer

✘ Im vergangenen Mai beschloss der Bundestag unter medialem Protest der Grünen und der LINKEN ein Gesetz, das vorsah, die sogenannten Maghreb-Staaten Tunesien, Algerien und Marokko als

sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Die Abstimmung dazu wurde aber vertagt. Am Freitag nun fiel das Gesetz [im Bundesrat](#) durch, weil vier der Länder, die von Grünen und der LINKEN mitregiert werden, nicht zustimmten. Die nordafrikanischen Silvester-Grapscher und bundesweit agierenden Vergewaltiger, Antänzer und Diebe können nun also in ihren Heimatstaaten, die bei uns als Urlaubsländer angepriesen werden, Meldung machen, dass die jungen Männer gute Chancen haben, sich hier als „Schutzsuchende“ mit deutschen Kuffarfrauen, auch gegen deren Willen, vergnügen zu können, während ihre und die Versorgung der noch nachzuholenden Verwandtschaft von den deutschen „Kötern“ gesichert werden muss. *(Bild oben: Fast „Köterfreie Zone“ – [Schaulustige am Düsseldorfer Hauptbahnhof](#) am Donnerstagabend)* (lsg)



**Innere Sicherheit für CDU
egal: AfD-Antrag zur
Polizeihochschule abgelehnt,
weil Opposition**



Demokratie ist der Wettstreit der Meinungen um die beste Lösung. Das sollte man zumindest meinen. Ein Vorgang aus Baden-Württemberg zeigt, wie schlecht es um die Demokratiefähigkeit der CDU steht. Dabei zeigt die Union auch, wie unwichtig ihr das Wahlkampfthema „Innere Sicherheit“ eigentlich ist. In Sonntagsreden wird es aufgetischt. Wenn es um konkrete Anträge geht, ist alles schnell wieder vergessen. Wie die Neckarquelle in ihrer Print-Ausgabe vom 4. März berichtet, gibt der Landtagsabgeordnete der CDU, [Karl Rombach](#) (Foto l.), offen zu, den Antrag des AfD-Politikers Lars Patrick Berg (r.) nur abgelehnt zu haben, weil es sich um einen Antrag einer Oppositionspartei gehandelt habe.

[Die Zeitung](#) schreibt:

[...] Den AfD-Landtagsabgeordneten für den Wahlkreis Tuttlingen-Donaueschingen, Lars-Patrick Berg, hat ein Informationsbesuch Ende letzten Jahres dazu veranlasst, im Rahmen der Haushaltsberatungen des Landes in der Sitzung des Finanzausschuss kürzlich 500 000 Euro Planungsmittel für den Ausbau der Hochschule zu beantragen. Dieser Antrag wurde allerdings mehrheitlich abgelehnt. Enttäuscht zeigt er sich darüber in einer Pressemitteilung.

Keine Unterstützung für Antrag

Auf Anfrage erläuterte er, dass auch die hiesigen Landtagsabgeordneten Karl Rombach (CDU) und Martina Braun

(Grüne) seinen Antrag nicht unterstützt hätten. Der FDP-Landtagsabgeordnete Gerhard Aden aus dem Wahlkreis Rottweil habe sich wenigstens enthalten und den Antrag nicht abgelehnt. „Polizist ist ein wichtiger Beruf, da muss auch die Ausbildung attraktiv bleiben, sonst kriegen wir die jungen Leuten nicht“, so Berg. Wenn dem Land das Thema innere Sicherheit wichtig sei, müsse es auch entsprechende Finanzmittel zur Verfügung stellen, so Berg. „Es wird alles unternommen, um zusätzliche Polizeibeamte zu rekrutieren“, versicherte Karl Rombach auf Anfrage. Seine Ablehnung begründete er damit, dass es sich um den Antrag einer Oppositionspartei gehandelt habe. „Die Evaluierung der Polizeireform läuft gerade, da erwarten wir in Kürze Ergebnisse. Vor diesem Hintergrund hat es noch keinen Sinn gemacht, Geld für die Hochschule für Polizei einzustellen“, erläuterte Martina Braun ihre Ablehnung des Antrages von der AfD. Auch ihr liege eine weiterhin gute Ausbildung an der Hochschule für Polizei am Herzen. Im Übrigen hoffe sie, dass in Sachen Standort des Polizeipräsidiums noch was geht zugunsten der Stadt Villingen- Schwenningen (siehe auch den Bericht auf der fünften VS-Lokalseite). Im Protokoll der betreffenden Sitzung im Finanzausschusses heißt es unter anderem: „Die Staatssekretärin im Ministerium für Finanzen erklärt, die Planungen für Neu- und Umbaumaßnahmen der Hochschule für Polizei befänden sich noch in einem sehr frühen Stadium. Es gebe noch keine Bedarfsanmeldung. Daher sei es nicht notwendig, zusätzliche Mittel einzustellen. Bei Bedarf könnten die Mittel dem allgemeinen Planungstitel entnommen werden.“ Das Innenministerium hat laut Finanzministerium den Bedarf der Hochschule mittlerweile konkretisiert und der Vermögens- und Hochbauverwaltung übersandt.

Auch die Ausrede der Grünen-Politikerin Martina Braun wirkt nicht glaubhaft. Der Antrag sei einfach zu früh gestellt worden. Im Februar beschließt der Landtag von Baden-

Württemberg den Haushalt 2017 und ab Oktober 2017 sollen die neuen Polizeirekruten einrücken und dann ist ein Antrag zum jetzigen Zeitpunkt zu früh? Unabhängig davon ist die Polizeistrukturreform in Baden-Württemberg ein Dauerthema und die von Schäuble-Schwiegersohn Thomas Strobl (Innenminister) angekündigte Einstellungsoffensive, die in Anbetracht der Stärke der AfD nun umgesetzt werden soll, eine eigene Maßnahme. Die Polizeihochschule in Villingen-Schwenningen ist konzipiert für 450 Studenten und ist mit 800 und mehr Studenten überfüllt. Das bemängelt die AfD. Deshalb stellte die AfD einen Änderungsantrag zum Haushalt, um der Hochschule 500.000 Euro zur Erweiterung zur Verfügung zu stellen. Lars-Patrick Berg begründete diesen auch in seinem Redebeitrag zum Haushalt. Dieser wurde von den anderen Abgeordneten, mit einer Enthaltung bei der FDP und einer fraktionslosen Abgeordneten, fast einstimmig abgelehnt.

[In einer Pressemitteilung](#) des AfD-Abgeordneten Bergs heißt es daher auch:

Wieder müssen diejenigen, die uns schützen sollen, vor der Landesregierung geschützt werden. Wer immer nur mehr will, aber nicht bereit ist, selbst mehr zu geben, wird am Ende weniger haben. Unseren Polizeibeamten wird sehr viel zugemutet. Nun müssen sie auch noch während der Ausbildung mit weniger Platz und Lernmöglichkeiten auskommen. Das hat unsere Polizei nicht verdient. Der Änderungsantrag der AfD wurde abgelehnt. Eigene Lösungen präsentieren die anderen Parteien aber auch nicht. Wir alle müssen für dieses unlogische Verhalten am Ende die Konsequenzen tragen. Mir tun die Polizeibeamten leid. Diese können dafür am allerwenigsten.

Kontakt:

Karl Rombach (CDU)
Landtag Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart
Tel.: 0711 / 2063-952
Fax: 0711 / 206314952
karl.rombach@cdu.landtag-bw.de



Schon wieder Düsseldorf: Mann verletzt 80-Jährigen mit Machete – Täter auf der Flucht



Schon wieder Düsseldorf! Nur einen Tag nach dem [Axt-Attentat](#) eines Kosovaren mit neun Verletzten in der NRW-Hauptstadt wurde heute Vormittag in Düsseldorf-Kalkum ein 80-Jähriger von einem

Unbekanntem [mit einer Machete angegriffen und schwer verletzt](#). Er konnte sich noch selbst zur Straße bewegen, wurde dort gefunden. Er wird zurzeit in einem Krankenhaus behandelt. Er weist Schnittverletzungen auf. Lebensgefahr besteht laut Auskunft der Ärzte nicht. Zurzeit läuft eine groß angelegte Suche nach dem Täter, an der sowohl Spezialeinheiten, als auch ein Hubschrauber beteiligt sind. Im nahegelegenen Theodor-Fliedner-Gymnasium sorgte der große Polizeieinsatz für Aufregung. Schüler meldeten sich per Handy bei ihren Eltern. Väter und Mütter hätten besorgt angerufen oder seien direkt zur Schule gekommen, sagte Schulleiter Michael Jacobs. Die Polizei habe die Schule gebeten, dass die Schüler vorsichtshalber auch in der Fünf-Minuten-Pause das Gebäude nicht verlassen sollten.



Düsseldorf: Täter stammt aus dem Kosovo

☒ Der 36-jährige Schlächter mit der Axt, der am Donnerstagabend am Düsseldorfer Hauptbahnhof ([PI berichtete](#)) damit wahllos auf Menschen einschlug, stammt aus dem Kosovo. Im Kosovo leben fast ausschließlich Moslems, bei der [Volkszählung im Jahr 2011](#) waren 95,6 Prozent der Einwohner Koranhörige. Es kann also mit fast hundertprozentiger Sicherheit davon ausgegangen werden, dass Fatmir H., wie er heißen soll, Moslem ist. Noch in der Nacht hieß es, der Täter

habe „psychische Probleme“. Wo die Ursache dafür wohl zu suchen ist? Trotzdem ging nur wenige Stunden nach der Tat ein spürbares Aufatmen durch die Medienlandschaft. Das Schlachten am Düsseldorfer Hauptbahnhof war kein Terrorakt, wurde laut berichtet. Und ein Polizeisprecher konnte nach mehrmaligem Insistieren dazu gebracht werden zu sagen, dass es bisher auch keinen Hinweis auf eine islambedingte Tat gäbe.

(Von L.S.Gabriel)

War davor schon kaum über die Opfer geredet und geschrieben worden, so verschwanden diese nun endgültig hinter den Schalmeien, die nun ertönten uns zu verkünden, dass alles nicht so schlimm sei. Schon in den ersten Meldungen kurz nach der Tat, wo keiner wirklich wissen konnte, wie es um die Opfer stand, wer wo wie getroffen worden war, spielte die Lügenpresse das Ausmaß der Tat herunter. Es gäbe nur fünf leicht Verletzte konnte man mehrfach lesen.

Gegen 0.31 Uhr [gab die Polizei dann bekannt](#), es handle sich um einen 36-jährigen Mann aus „dem ehemaligen Jugoslawien“. Was für eine Umschreibung. Dieser Lückeninformation entsprechend stammen „deutsche Köter“ aus dem ehemaligen Dritten Reich. Nun gaben die Behörden auch offiziell bekannt, dass es sich um sieben Opfer der Axtfachkraft handelt und drei davon schwer verletzt seien. Mittlerweile wissen wir, es sind mit dem Täter, der sich auf der Flucht, bei einem Sprung in die Tiefe ein paar Knochen gebrochen hat, neun Verletzte, die in der Universitätsklinik Düsseldorf aufgrund des Angriffs behandelt wurden. Dass eines der Opfer ein dreizehnjähriges Mädchen ist, erfuhren wir schon gegen 22.50, aber nicht aus dem eigenen Land, das wusste angeblich nur die [ausländische Presse](#).

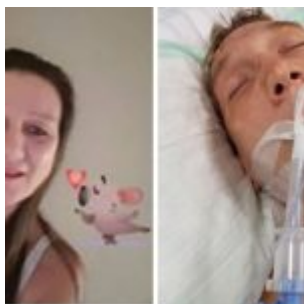
Aber viel wichtiger als die in ihrem Blut liegenden Menschen war es, die Tat klein zu reden. Auf gar keinen Fall durfte das ein Gast der Kanzlerin und vielleicht noch dazu ein Moslem sein. Kein Terror, sondern eine „psychische Ausnahmesituation“, das war die Information, die es vor allem

galt unters Volk zu bringen. Dabei ist es völlig egal, ob diese Tat vor dem Gesetz als terroristisch beurteilt werden kann. De facto ist es Terror. Terror gegen die Bürger dieses Landes, importiert aus islamischen Ländern.

Der Täter soll bereits in psychiatrischer stationärer Behandlung gewesen sein und solle beabsichtigt haben, [sich von der Polizei erschießen](#) zu lassen. [Wie beim LKW-Dschihad in Nizza](#) wird von einem „Amoklauf“ gesprochen. Für die Opfer ist es aber irrelevant welchen Namen der Irrsinn seitens der Medien und des Regimes erhält. Sie werden diesen Horror nie vergessen können und sich nun ein Leben lang in einer „psychischen Ausnahmesituation“ befinden.

Derweil haben „Qualitätsmedien“, wie [der „Stern“](#) andere Sorgen: „Wie rechte Hetzer im Netz wegen #Düsseldorf durchdrehen“, titelt Tim Sohr da und echauffiert sich darüber, dass die Menschen den bunten Irrsinn beim Namen nennen.

In den kommenden Stunden und Tagen werden [die Heuchler wieder Hochsaison](#) haben und ihr angebliches Mitgefühl in theatralischen Leidensbitterminen zum Ausdruck bringen. Dennoch werden die islamischen Täter weiter unser Land fluten dürfen. Das haben wir zu schaffen.



PI gibt Opfern ein Gesicht: Mutter eines Verletzten sagt „Medien spielen alles runter“

☒ Während die Medien nach den mittlerweile zahlreichen Terroranschlägen gegen die Bevölkerung stets schnellstmöglich versuchen, die Taten im kollektiven Bewusstsein verschwinden zu lassen, geben wir den Opfern ein Gesicht. Claudia, die Mutter eines Schwerverletzten (Foto, li.) des Axtangriffes im Düsseldorfer Hauptbahnhof am Donnerstagabend ([PI berichtete](#)) schreibt auf [Facebook](#) mit der Bitte um Veröffentlichung:

So liegt mein Sohn Domenico in der Uni auf der Intensivstation...

Amoklauf in Düsseldorf am HBF. Man hat ihm von hinten eine Axt in den Kopf geschlagen. Wurde lange operiert. Die Medien spielen alles runter. Das ist schlimm und unverständlich. Ihr dürft das auch gerne teilen.

Ich Liebe Dich mein Sohn

Ein „Weiter so“ kann es nicht mehr geben, wir sind es den zahlreichen Opfern schuldig. Sie haben einen Namen, ein Gesicht und Familien, sie dürfen nicht weiter eine unsichtbare „Opfermasse“ sein, die [Heuchler, die für ihr Leid mitverantwortlich sind](#) mit den immer gleich Phrasen abspeisen.

Vergewaltigungsversuch durch 14-Jährigen

Innsbruck: Ein [14-jähriger Afghane](#) soll am Samstagabend versucht haben, eine 25-jährige Prostituierte auf einem Parkplatz in Innsbruck zu vergewaltigen. Wie die Polizei berichtete, griffen Passanten ein und leisteten der Frau Erste Hilfe. Der Jugendliche wurde von Polizisten vorläufig festgenommen. Zu dem Übergriff war es gegen 22.30 Uhr im Stadtgebiet der Tiroler Landeshauptstadt gekommen. Der 14-Jährige verfügt laut Polizei über den Status eines subsidiär Schutzberechtigten. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen waren vorerst nicht abgeschlossen.

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden [Straftaten von „Flüchtlings“ systematisch vertuscht](#): „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des [absichtlichen Vertuschens](#) nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 [20 Prozent mehr Männer](#) als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Fiki-Fiki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine [halbe Millionen](#) abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und Sie werden so gut wie [alle dauerhaft hierbleiben](#). #Merkelwinter

Wien: Die Wiener Polizei hat einen Sex-Täter geschnappt, der in Favoriten zumindest elf Frauen überfallen und bedrängt haben soll. Wie die Landespolizei am Sonntag bekannt gab, wurde der 25-Jährige bereits am 20. Februar festgenommen. Über die bisher bekannt gewordenen Fälle hinaus, zu denen der

Verdächtige laut Polizei teilweise geständig ist, wird nun nach weiteren möglichen Opfern gesucht. Der [gebürtige Afghane](#) soll seit vergangenem November am Reumannplatz und im Antonspark seinen späteren Opfern aufgelauert haben. Er folgte ihnen in den Abend- und Nachtstunden, umklammerte sie von hinten, hob die Frauen in die Höhe und deutete mit Stoßbewegungen sexuelle Handlungen an, ehe er ihnen auf die Brüste bzw. in den Intimbereich griff. Eine Frau setzte sich heftig zur Wehr und kam dabei zu Sturz, worauf sich der 25-Jährige auf sie legte und ihr ins Gesicht biss. Das Landeskriminalamt Wien konnte mit Fotos aus Überwachungskameras schließlich erste Lichtbilder des gesuchten Serientäters sicherstellen. In Zusammenarbeit mit der Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität (EGS) wurden an den bekannten Tatorten Observationsmaßnahmen durchgeführt. Am Ende konnte der 25-Jährige ausgeforscht und in einem Wohnhaus am Reumannplatz dingfest gemacht werden. Der Afghane sitzt nunmehr wegen sexueller Belästigung und geschlechtlicher Nötigung in U-Haft. Die Polizei ersucht um Hinweise auf weitere mögliche Opfer (Landeskriminalamt Wien, Gruppe Hösch bzw. Journaldienst unter der Wiener

Magdeburg: Zwei bislang unbekannte Männer haben am 17. Februar in der Förderstedter Straße in Magdeburg versucht, eine 23-jährige Frau zu vergewaltigen. Die zwei Tatverdächtigen überfielen die junge Frau gegen 21.20 Uhr. Einer der Täter zog sie auf den Boden und schlug ihr mit der Faust ins Gesicht. Auf dem Boden liegend, versuchten die Unbekannten die junge Frau zu vergewaltigen. Als diese schrie, wurde eine Passantin auf die Situation aufmerksam. Die Männer flüchteten daraufhin in Richtung Leipziger Straße. Das berichtet die Polizei. Die Geschädigte musste in einem Krankenhaus behandelt werden. Die Polizei sucht jetzt mit Phantombildern nach den Tatverdächtigen sowie nach der Passantin, die sich dringend bei der Polizei melden soll. Die beiden Tatverdächtigen sind etwa 25 Jahre alt und haben [südländisches Aussehen](#).

Bochum: Auch am Sonntag, 26. Februar, wurde eine junge Frau (18) in Bochum-Riemke sexuell belästigt. Sie wurde an der Zillertalstraße um 6.25 Uhr von einem unbekanntem Mann „begrapscht“. Der Mann ist etwa 1,70 Meter groß, hat eine normale Statur, kurze, dunkle Haare und sieht [südländisch](#) aus. Sein Alter wird auf Mitte 20 bis Anfang 30 geschätzt. Zur Tatzeit war er mit einer Jeans und einem grauen Kapuzenpullover bekleidet.

Bonn: Ein 34-Jähriger steht im Verdacht, in sieben Fällen junge Frauen bedrängt oder unsittlich berührt zu haben. Einer Ermittlungsgruppe der Bonner Polizei gelang es nun, die Identität des Mannes festzustellen. Er wurde zwischenzeitlich zu den Taten vernommen – die Ermittlungen gegen ihn dauern an. Da nicht auszuschließen ist, dass der ausschließlich in Bonn-Castell agierende Mann möglicherweise weitere Frauen bedrängt hat, bittet die Ermittlungsgruppe um weitere Zeugenhinweise. Die bisher dem 34-Jährigen zuzuordnenden Taten ereigneten sich zwischen dem 15. Januar und 15. Februar meist in den Abendstunden auf der Römerstraße, im Rosental und der Wachsbleiche. Dabei näherte sich der Tatverdächtige den Frauen mit Mobiltelefon am Ohr oder fragte in gebrochenem Deutsch nach der Uhrzeit und berührte sie unsittlich. Der Mann wurde zu den Fällen wie folgt beschrieben: ca. 180 cm groß kräftiger Statur [südländischer Typ](#) kurze schwarze Haare bekleidet u.a. mit einer dunklen Jacke

Vaihingen an der Enz: Das Polizeirevier Vaihingen an der Enz, Tel. 07042/941-0, sucht Zeugen, die am Montag, gegen 14:00 Uhr in Vaihingen an der Enz einen Mann beobachten konnten, der gegenüber zwei Jugendlichen im Alter von 14 und 15 Jahren in obszöner Weise aufgetreten war. Die beiden Mädchen hielten sich entlang der Kreisstraße 1698 im Bereich der dortigen Bahnunterführung auf und fotografierten sich gegenseitig mit ihren Mobiltelefonen. Hierbei wurden sie von einem bislang unbekanntem Mann beobachtet, der sie in der Folge obszön ansprach. Nach diesem Vorfall verließen die beiden

Jugendlichen die Unterführung und liefen in Richtung Bahnhof davon. Der Unbekannte, der den Mädchen noch kurzzeitig gefolgt war, blieb anschließend in Bahnhofsnähe zurück. Er wurde als etwa 30-jähriger Mann mit normaler Statur und [dunklem Teint](#) beschrieben. Er ist etwa 180 cm groß, hat schwarze, kurze lockige Haare und trug einen Drei-Tages-Bart. Er war mit einem roten Shirt, einer schwarzen Lederjacke und einer dunkelblauen Jeans bekleidet und sprach nur gebrochen deutsch.

Nordburgenland: Besorgnis löst ein Fall von sexueller Belästigung in einem Abendzug im Nordburgenland aus. Wie in unserer Printausgabe berichtet, soll eine 15-Jährige von einem [Iraker](#) (25) während der Fahrt bedrängt und begrapscht worden sein. Der FP-Sicherheitssprecher fordert nun unangekündigte Zugkontrollen des Bahnbetreibers und der Polizei. „Krone“-Leser kennen die Vorgeschichte: Am Mittwoch vergangene Woche kurz nach 20 Uhr musste sich ein Mädchen während der Fahrt auf der Bahnstrecke zwischen Neusiedl und Winden am See unverschämte Annäherungsversuche eines fremden Mannes gefallen lassen. Der Asylwerber aus dem Irak hatte sich laut Zeugen zu der 15-Jährigen gesetzt und soll ihr unter anderem auf den Oberschenkel gegriffen haben. Gegen ihren Willen wollte der 25-Jährige sie umarmen. Zeugen, die dem Mädchen halfen, forderten danach von den ÖBB, dass zumindest am Abend auf jeder Strecke ein Zugbegleiter mitfährt. „Viele fühlen sich in den Garnituren nicht mehr sicher. Vor allem Frauen sind gefährdet“, heißt es. Die Bedenken der Pendler teilt FP-Sprecher Manfred Haidinger. Er greift die Forderungen auf: „Jeder Bahnbetreiber muss für die Sicherheit in seinen Zügen sorgen. Regelmäßig sollten daher unangekündigte Kontrollen durchgeführt werden, freilich auch von der Polizei.“

Warendorf: Auf einem Verbindungsweg zwischen der Paula-Schichtenhövel-Straße und der Straße Am Landhagen in Oelde zeigte sich am Sonntag, 26.02.2017, gegen 17.15 Uhr, ein Fahrradfahrer in schamverletzender Weise. Dieser war etwa 30 Jahre alt, 170 Zentimeter groß und hatte eine [dunkle](#)

Hautfarbe. Bekleidet war der Fahrradfahrer mit einer dunklen Jacke und einer Mütze.

Neuhof/Fulda: Opfer einer sexuellen Belästigung wurde gestern Mittag, gegen 13 Uhr, eine 30-Jährige aus Linsengericht (Main-Kinzig-Kreis). Ein bislang Unbekannter begrabschte die Frau während der Zugfahrt von Gelnhausen nach Fulda. Später hätte sich der Mann der 30-Jährigen gegenüber gesetzt und onaniert. Der Unbekannte mit kurzen Haaren soll ungefähr 170 cm groß und zirka 20 Jahre alt gewesen sein. Bekleidet war der Mann mit einer blauen Jeans, einer dunklen Jacke und dunklen Schuhen. Auffällig waren bei dem mutmaßlichen Täter eine sichtbare Zahnlücke sowie schielende Augen. In Neuhof sei der augenscheinlich aus Nordafrika stammende Mann ausgestiegen. Der Zugbegleiter informierte Beamte des Bundespolizeireviers, die als Zugstreife ab dem Bahnhof Flieden mit im Zug waren. Eine erste Fahndung blieb erfolglos.

Eisleben: Eine Frau ist am Montagabend im Eisleber Stadtpark von drei Männern überfallen und ausgeraubt worden. Die Täter erbeuteten dabei eine Halskette, einen Schal sowie Kopfhörer. Außerdem sollen die Unbekannten die 44-Jährige an mehreren Stellen unsittlich angefasst haben. Nach bisherigen Erkenntnissen hat das Opfer gegen 19 Uhr in Höhe des Parkhotels den Stadtpark betreten. Als die Frau gerade eine Holzbrücke überquerte, stürmten die Männer auf sie zu, stießen sie zu Boden und nahmen ihr die Gegenstände weg. So ihre Schilderung gegenüber der Polizei. Die Täter sollen anschließend in Richtung Untere Parkstraße/Hallesche Straße geflüchtet sein. Die Frau ging zunächst nach Hause. Gegen 20.10 Uhr zeigte sie dann den Überfall im Polizeirevier in Eisleben an. Da sie bei dem Angriff leichte Verletzungen erlitten hat, wurde sie zur Behandlung in ein Krankenhaus gebracht. Die sofort eingeleitete Suche nach den Tatverdächtigen brachte bisher nicht den gewünschten Erfolg. Die Ermittlungen liefen auf Hochtouren, so gestern ein Polizeisprecher. Dabei hofft man auch auf Zeugen, die

möglicherweise Hinweise zu dem Überfall am Montagabend im Eisleber Stadtpark geben können. Die drei Täter sollen [südländisches Aussehen](#) haben.



Urteil: Flucht vor Militärdienst ist Asylgrund

☒ Zigtausende Eindringlinge [verklagen Deutschland](#) auf ihr „Recht“ auf volle Anerkennung als Flüchtling und gegen den eingeschränkten Asylstatus, den „subsidiärer Schutz“, der ihnen nur eine Aufenthaltsberechtigung von einem Jahr gewährt. Zwei Urteile der 6. Kammer des Verwaltungsgerichts Chemnitz könnten nun Signalwirkung haben. Die Kammer entschied im Falle zweier Syrer, die sich durch Flucht dem Militärdienst in ihrer Heimat entzogen haben, dass Deutschland sie als Flüchtlinge anerkennen müsse, denn mit „beachtlicher Wahrscheinlichkeit“ würde das von der syrischen Staatsführung als regimefeindliches Verhalten angesehen werden, heißt es in der [Pressemitteilung zum Urteil](#).

Für den Erkenntnisgewinn zur Notwendigkeit dieses Urteils stützt sich das Gericht u.a. auf das UNHCR, Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen und NGOs. Deutschland muss nun also offenbar auch noch die Militärdienstverweigerer anderer Länder, inklusive ihres nachziehenden Anhangs durchfüttern. Das wird sich schnell

herumsprechen und dann können sich nicht nur die Tausenden Asylkläger, die schon hier sind freuen, sondern auch all jene, die sich nun, angelockt durch die neuen guten Aussichten, die dieses Urteil bietet, erst auf den Weg machen ins Land der Rundumversorgung und bescheuerten Rechtsprechung. (lsg)



Merkel und Gauck in Hildesheim



Angela – ohne Grundgesetz – Merkel und Joachim – ohne Ehefrau – Gauck werden als gläubige Repräsentanten der neuen Republik an dem Versöhnungsgottesdienst Sonnabend in Hildesheim teilnehmen. Gefeierte wird in einer beiden Konfessionen gehörenden Simultankirche, der Michaeliskirche, die Annäherung der Kirchen untereinander sowie die Annäherung der Kirchen an die

anwesenden Wölfe in der Herde des Herrn.

(Von Sarah Goldmann)

Das sind neben der Deutschlandhasserin und dem 1. Ehebrecher des Staates vor allem die Vorsitzenden der beiden großen Kirchen, EKD-Ratsvorsitzender Heinrich Bedford-Strohm sowie der katholische Kardinal Reinhard Marx. [Man hörte den Hahn krähen](#), als beide Mitte Oktober letzten Jahres in Jerusalem aus Furcht vor beleidigten Reaktionen der Moslems ihre Kreuze nicht öffentlich zu tragen wagten und sich zu ihrem Gott nicht mehr bekennen mochten. Beide bereuen dies bis heute nicht.

Die Heuchelei kommt auch darin zum Ausdruck, dass sie ein [2,20 Meter hohes Holzkreuz](#) in Hildesheim aufstellen werden, welches dort für Emotionen sorgen darf, während es als „Kreuzzug, Kuck-Klan und Nazi“ gilt, wenn es 4 Meter hoch als Alternative zum Islam gegenüber einem Bauplatz aufgestellt wird, auf dem eine Moschee geplant ist ([PI berichtete](#)). Die Thüringische Kirche, in Luthers Heimat heute devot bis zum Anschlag, störte der Quatsch nicht, den sich der Histomat Ramelow mit dieser Einschätzung auf dem Klo ausgedacht hat.

Wer sich die illustre Gesellschaft ansehen möchte, kann dies am Sonnabend, dem 11. März gegen 17 Uhr tun. Der Platz um die Michaeliskirche herum wird weiträumig abgesperrt sein. Trotzdem können die Merkel und ihr Grüßaugust noch nicht aus der Luft in das Gotteshaus einfahren, auch wenn es der Leibhaftige schon mehrmals versucht und manchmal geschafft hat.

Das heißt aber, sie werden irgendwo auch das gemeine Kirchenvolk passieren müssen. Sollte dabei die eine oder andere Trillerpfeife ertönen oder anders Unmut laut werden, würde man Luther damit die Ehre zuteil werden lassen, die ihm gebührt. Denn die Veranstaltung gilt auch als Teil des Lutherjahres 2017.

Mit dem Niedersachsenticket kann man günstig aus Göttingen,

aus Cuxhaven, aus Hamburg oder aus Helmstedt bis nach Hildesheim und wieder zurück gelangen, die Kirche in Hildesheim liegt etwa einen Kilometer vom Hauptbahnhof entfernt.